

Mark im Monat. Vor vier Jahren ist er als Folge von Arbeitsplatzstreß zusammengebrochen und in die Psychiatrie eingewiesen worden.

Innerhalb weniger Wochen fand sich Fritz, der eben noch edle Frankfurter Spesenlokale frequentiert hatte, ganz unten wieder, ohne Geld, ohne Wohnung. „Der Durchmarsch ins Elend geht immer schneller“, beobachten Sozialarbeiter wie Meurers.

Fritz, der sich heute noch so kleidet wie damals – der gedeckte Anzug inzwischen leicht fadenscheinig, Krawatte, gewienerte Schuhe –, hat seinen Stolz. Er schwört beim Mittagessen im Armenrestaurant: „Ich komme mit der Sozialhilfe hin.“ Schließlich rauche und trinke er nicht. „Red doch keinen Unsinn“, fährt Volker, 46, ein ehemaliger Schlosser, dazwischen, „dann mußt du auch erzählen, wohin deine Ehrlichkeit führt.“

Und weil Fritz schweigt, erzählt Volker dessen Geschichte. Schon dreimal

sei Fritz völlig abgemagert in die Klinik eingeliefert worden, wo Pfleger und Schwestern ihn hochpäppeln mußten. Volker: „Du warst doch nur noch Haut und Knochen.“ Und: „Gib doch zu, daß niemand davon leben kann.“

Volker, der berufsunfähig ist, lebt von 1000 Mark Rente und 300 Mark

### Der Anteil der Kinder unter den Armen hat sich mehr als verdoppelt

vom Sozialamt. Weil seine kleine 70-Quadratmeter-Wohnung im teuren Frankfurt schon 800 Mark kostet, weiß er aus eigener Erfahrung, daß der Sozialhilfesatz nicht reichen kann. „Notfalls“, sagt er, „müssen die Leute eben einbrechen.“

Vor zwei Jahren schon, als das Leben noch deutlich billiger war, hat der Frankfurter Sozialwissenschaftler Rai-

ner Roth fast 200 Sozialhilfeempfängern monatelang ins Portemonnaie und in den Kühlschrank geschaut. Er hat akribisch die monatlichen Ausgaben notiert und die Mahlzeiten („überwiegend Nudeln“) registriert. Ergebnis: „Im Schnitt aller Haushalte reicht die offizielle Sozialhilfe 19,5 Tage.“

Mehr ist in der Stadtkasse, die für die Sozialhilfe aufkommen muß, nicht drin. Die Sozialausgaben Frankfurts, zuletzt jährlich regelmäßig um rund 25 Prozent angewachsen, galoppieren davon. Sie nähern sich der Milliardengrenze, das ist jetzt schon etwa ein Sechstel des Frankfurter Etats.

Früher zahlte Frankfurt den Armen noch Geld für Strom und Kleider, „freiwillige Leistungen“ zusätzlich zum Pflichtenatz. Die Verantwortlichen wußten, daß von dem Grundbetrag in der Großstadt niemand leben kann. Für derlei Extras fehlt jetzt das Geld.

Für Max, 42, ist das der „letzte Tiefschlag“, der alles „noch enger“ macht.

## „Rausdrücken und vertreiben“

Wie sich die Armut in Deutschland ausbreitet

Die Deutschen zeigten sich wankelmütig. Zuerst handelten sie in der Europäischen Union (EU) ein 200 Millionen Mark schweres Programm aus, mit dem in den zwölf Mitgliedsländern Hilfsmodelle für Bedürftige finanziert werden sollten. Dann überlegten es sich die Bonner Christliberalen wieder anders. Sozialpolitik sei nicht Aufgabe Brüssels, da gelte „das Subsidiaritätsprinzip“. Ein Beamter des Familienministeriums übersetzt das so: „Das bißchen Armut bei uns können wir selbst bekämpfen.“

Solche Verharmlosung hat im Superwahljahr Methode. Not gibt es nach Lesart der Regierung kaum, denn die Sozialhilfe, so Familienministerin Hannelore Rösner (CDU), verhindere das „Abgleiten in die Armut“.

Mit der Realität hat das nichts mehr zu tun. Im Frühsommer stellten über 100 Sozialforscher in einer Denkschrift zum Thema „Solidarität am Standort Deutschland“ fest, in der Folge einer „verfestigten Massenarbeitslosigkeit“ habe die Armut in der Bundesrepublik „drastisch zugenommen“ und längst ein „hohes Niveau“ erreicht.

Über das Ausmaß wird noch gestritten. Politiker und Wissenschaftler behelfen sich derzeit mit einer Definition der EU. Danach hat als arm zu gelten,

wer mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens seines Landes auskommen muß.

Konkrete Zahlen legten im Frühjahr der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband vor. Ihr Bericht „Armut in Deutschland“ kommt zu dem Ergebnis, daß 7,05 Millionen Deutsche arm

sind – 7,5 Prozent der West- und 14,8 Prozent der Ostdeutschen.

Nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz – eines Zusammenschlusses von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Hilfswerken, Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen – leben in Deutschland 180 000 Menschen auf der Straße. 700 000 Wohnungslose



Obdachlose in Frankfurt: 16 Stunden unterwegs

J. SCHWARTZ



**Sozialarbeiter Meurers**  
„Größte homogene Gruppe“

J. SCHWARTZ

Der frühere Straßenbahner, den ein Rücken- und Magenleiden aus der Arbeitswelt warf, hat jetzt mit Frau und zwei fast erwachsenen Kindern nur noch rund 900 Mark im Monat für Essen, Kleidung und Alltägliches, 100 Mark weniger als vorher.

Selbst Fleisch aus Sonderangeboten, das es bei Max ohnehin nur einmal die Woche gab, „ist jetzt schon zu teuer“. Er wird, wie andere auch, zum Freibank-Metzger nach Sachsenhausen gehen müssen, wo minderwertiges Fleisch, das andere dort für ihre Hunde kaufen, billig zu haben ist.

Auch Margitta, 28, weiß „überhaupt nicht mehr weiter“. Der Ehemann und Vater ist spurlos verschwunden, zahlt nichts für die fünf und sieben Jahre alten Töchter, das Sozialamt sorgt für die Mindestausstattung. Die Mädchen, sagt sie, waren schon vorher „arm dran“. Das Geld reichte nur fürs Notwendigste, „kein Spielzeug, keine hübschen Kleider, kein Turnverein“.

Frauen wie Margitta stellen inzwischen ein Viertel aller Frankfurter Sozialhilfeempfänger. Und wie Margitta würden die meisten gern arbeiten, um ihren Kindern „mehr bieten zu können“.

Was Sozialhilfe für Kinder bedeutet, läßt sich aus Gerichtsurteilen ablesen. „Hausschuhe“, entschieden unlängst Arnberger Verwaltungsrichter, seien „nicht notwendig“; Kindern sei „zuzumuten, sich in der Wohnung mit Laufsocken oder anderer Fußbekleidung fortzubewegen“. Ebenso überflüssig seien „ein Jogginganzug“ oder gar ein „3. und 4. T-Shirt“. Spielzeug wird den Kindern praktisch nicht zugestanden, der ganze Schatz von Margittas Mädchen ist ein Stapel Papier mit Malstiften.

Unter den Sozialhilfeempfängern hat sich in Frankfurt in den vergangenen Jahren der Anteil der Kinder mehr als verdoppelt. Im Gutleut- und Bahnhofsviertel etwa leben 33 Prozent aller Kinder unter sieben Jahren in Armut. Und in der Rechnung fehlen noch jene

sind auf Staatskosten in Gemeinschaftsunterkünften und Hotels untergebracht. Die Zahlen paßten der Regierung nicht ins Konzept. Es gebe in Deutschland zwei Millionen Sozialhilfeempfänger, argumentierte Ministerin Rönsch, wo sollten dann die sieben Millionen Armen herkommen?

Die Frage zeugt von wenig Sachkenntnis. Daß es in Deutschland nur zwei Millionen Sozialhilfeempfänger gab, ist rund 20 Jahre her. Inzwischen bewegt sich die Zahl auf die Grenze von fünf Millionen zu. Dabei sagen auch die Daten der Sozialhilfe nur die halbe Wahrheit. Nur rund die Hälfte der Bedürftigen, schätzt der Frankfurter Sozialdezernent Martin Berg (SPD), geht zum Sozialamt.

Hiobsbotschaften kommen vor allem aus den Großstädten und Ballungsräumen. In München etwa haben sich die Ausgaben für die Bedürftigen seit 1978 verfünffacht, mit besonders steilem Anstieg in den letzten beiden Jahren.

Im hessischen Offenbach, wo derzeit eine große Rathauskoalition versucht, den maroden Haushalt zu sanieren, hat die Kommune den Armen gleichsam den Krieg erklärt. Sozialdezernent Stefan Grüttner (CDU) will künftig Sozialhilfeempfänger aus bestimmten Stadtteilen und auch aus der Stadt „rausdrücken“ und „vertreiben“, um Geld zu sparen: ab in künftige Slums.

Früher waren vor allem alte Menschen von Armut bedroht. Zunehmend trifft es nun jedoch auch Frauen aller Altersgruppen und junge Leute. In München etwa, hat die Rathaus-SPD errech-

net, sind bereits 40 Prozent aller Sozialhilfeempfänger unter 24 Jahre alt.

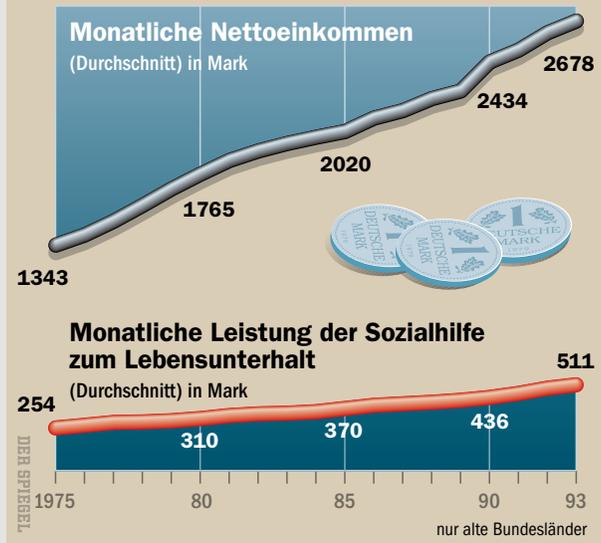
Millionen Dauerarbeitslose werden, so die Denkschrift der Wissenschaftler, in die „kommunale Fürsorge abgedrängt“. Künftig wird es noch schneller gehen, wenn die Regierung ihre Pläne realisiert und die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzt.

In keinem Industrieland, warnen die Sozialwissenschaftler, könne die Wirtschaft all jene Arbeitskräfte wieder aufnehmen, die sie während früherer Rezessionen entlassen habe. Ein Ende der sozialen Spaltung sei nur zu erreichen, wenn alle „teilen und verzichten“ – bei Arbeitszeit und Einkommen.

Mit dem Verzicht haben die Sozialhilfeempfänger längst begonnen. Ihr Einkommen, das nach Ansicht von Experten nicht einmal das Existenzminimum sichert, sinkt schon seit Jahren. Je nach Bundesland erhielten Bedürftige bis vor kurzem zwischen 500 und 519 Mark monatlich. Jetzt genehmigten die meisten Bundesländer ihnen einen geringen Ausgleich für Preissteigerungen.

Seit 1. Juli liegt der Höchstsatz der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ bei 520 Mark – eine Mark mehr als vorher.

## Weiter ins Abseits



Familien, die sich dem Sozialamt nicht offenbaren.

Christiane, 82, ist auch eine der vielen, die in keiner Armenstatistik auftauchen. Weil ihre Rente mit gut 700 Mark viel zu knapp ist, hätte sie Anspruch auf „ergänzende Sozialhilfe“, aber das lehnt sie ab. Immerhin besitzt sie einen Fernseher, „schwarz-weiß nur, aber er geht“. In ihrer Wohnung, 38 Quadratmeter in Bornheim, steht nichts Überflüssiges auf dem Stragula-Boden. Der alte Külschrank birgt nur einen Topf Margarine und einen Zipfel Leberwurst.

Ein neues Kleid hätte sie gern, sie meint eine Kittelschürze, und Geld für den Friseur. Doch Christiane klagt